



#DieHälfteDerMacht



WORTE SCHAFFEN WERTE

Antifeminismus von Rechts in Baden-Württemberg

Fachtag am 15. November 2019

DELEGIERTENVERSAMMLUNG MIT WAHL

von Prof. Dr. Anja Reinalter zur Ersten Vorsitzenden am 15. November 2019

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG »100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT«

am 12. November 2019 im Stadtpalais in Stuttgart



landesfrauenrat

Baden-Württemberg

Herausgeberin: Landesfrauenrat Baden-Württemberg | www.landesfrauenrat-bw.de

INHALT

- 3 Editorial
- 4 **Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 12. April 2019 in Stuttgart**
Beschlüsse der Delegiertenversammlung
- 6 **Fachtag des Landesfrauenrates am 15. NOVEMBER 2019 in Stuttgart**
WORTE SCHAFFEN WERTE – Antifeminismus von Rechts in Baden-Württemberg
 - Podiumsdiskussion mit Journalistinnen
- 8 • **»Verbale Gewalt gegen Frauen in den Sozialen Medien (Hate Speech)«**
mit Expertin Carmen Karr
- 9 • **»Antifeminismus von Rechts gegen Politikerinnen in Baden-Württemberg«**
mit Expertin Sabine Wölfle MdL
 - **»Rechtspopulistischer Einfluss und rechte Frauenbilder in Vereinen und Bildungseinrichtungen«**
mit Expertin Beate Biederbick
- 11 • **»Kommunale Gleichstellungspolitik in Zeiten des Rechtspopulismus«**
mit Expertin Susanne Brückner
- 12 **Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 15. November 2019 in Stuttgart**
 - **Neuwahl der Ersten Vorsitzenden des Landesfrauenrates**
 - **Verabschiedung unseres Mitgliedsverbandes Deutscher Frauenring Landesverband Baden-Württemberg e.V.**
- 13 • **Beschlüsse der Delegiertenversammlung**
- 14 • **Die neuen Mitgliedsverbände im Landesfrauenrat Baden-Württemberg stellen sich vor**
 - **Bericht aus dem Rundfunkrat des SWR**
- 15 • **Bericht aus dem Landessenorenrat**
- 16 • **Bericht über die Aktion Maria 2.0**
 - **Wahl der Vertreterin des Landesfrauenrates in der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK)**
- 18 **Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) in Wiesbaden von 08. bis 10. November 2019**
Fachtag »Frauenbewegung 4.0«
- 20 **Abschlussveranstaltung »100 Jahre Frauenwahlrecht« am 12. November 2019**

SAVE THE DATE

- > **LFR-Delegiertenversammlung in Stuttgart**
Freitag 24. April 2020
13.00 – 16.00 Uhr
- > **LFR-Fachtagung in Stuttgart**
»GESETZE SCHAFFEN WERTE
Prostitution heute – das Nordische Modell & Geschlechterdemokratie
Montag 11. Mai 2020
10.00 – 16.00 Uhr
- > **LFR-Delegiertenversammlung in Stuttgart**
Freitag 6. November 2020
13.00 Uhr – 16.00 Uhr
Mit turnusmäßigen Neuwahlen des gesamten Vorstandsteams

Geschlechtergerechte Schreibweise im Rundbrief:

Der LFR verwendet bei der geschlechtsbezogenen Be- und Kennzeichnung von Personengruppen das sogenannte Gendersternchen (*), um alle Menschen einzubeziehen. Dadurch schaffen wir mehr Sichtbarkeit für Frauen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intersexuelle Personen und Menschen die sich keinem Geschlecht eindeutig zuordnen wollen.



Erste Vorsitzende Prof. Dr. Anja Reinalter und Zweite Vorsitzende Saskia Ulmer

Liebe Leser*innen,

vor knapp einem halben Jahr habe ich meine Arbeit als Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates aufgenommen. Ich freue mich sehr über meine Wahl zur Ersten Vorsitzenden und möchte mich ganz herzlich bei Ihnen dafür bedanken. Näheres zu meiner Biographie und meinem ehrenamtlichen Engagement können Sie in diesem Heft nachlesen.

WORTE SCHAFFEN WERTE – Antifeminismus von Rechts in Baden-Württemberg, so lautete der Titel unseres Fachtages am 15.11.2019 in Stuttgart. Wie der rechtsextreme Anschlag von Hanau am 20.02.2020 auf das Entsetzlichste zeigt, geht es genau darum: Worte bereiten durch Falschaussagen, Beleidigungen, menschenverachtende, rassistische und antifeministische Äußerungen den Nährboden, aus dem vermeintliche Wahrheiten heranwachsen und zu Taten gedeihen können. Die Schuld liegt bei den Täter*innen. Wer aber durch Worte Gewalt und Verachtung sät – trägt Mitverantwortung!

Eindeutiges Fazit des Fachtages WORTE SCHAFFEN WERTE ist, dass weiterhin großer Handlungsbedarf besteht. Deshalb ist eine weitere Fachkonferenz in Kooperation mit anderen Institutionen für dieses Jahr angedacht.

Wir wollen und werden entschlossen, aufrecht und gemeinsam die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft verteidigen! Und hier sind alle Demokrat*innen gefordert aktiv zu werden. Denn wir gehören alle zusammen und lassen uns nicht durch Rassismus, Rechtspopulismus und Antifeminismus spalten!

Wir treten gruppenbezogener Menschenverachtung und rechtspopulistischer und antifeministischer Anfeindung gemeinsam entschieden entgegen!

Auf der letzten Delegiertenversammlung wurden verschiedene Beschlüsse verabschiedet, von denen wir Ihnen einen besonders ans Herz legen wollen: die Fördermitgliedschaft für Frauen im

Landesfrauenrat Baden-Württemberg. Wir möchten mit der Fördermitgliedschaft interessierten Frauen* und Fraueninstitutionen, Frauenverbänden, Frauenvereinen und Frauengruppen gemischter Verbände die Möglichkeit geben, sich enger an die Arbeit des Landesfrauenrates anzuschließen. Mit einer Fördermitgliedschaft signalisieren Sie öffentlich, dass Sie die Arbeit des Landesfrauenrates unterstützen und das ehrenamtliche Engagement von 2 Millionen Mitgliedsfrauen in Baden-Württemberg wertschätzen. Zusammen kämpfen wir für Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierung und vieles mehr. Ein Beitrittsformular liegt diesem Heft bei. Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind. **#wirbleibendran!**

In der Klausursitzung im Januar legte der Vorstand verschiedene frauenpolitische Schwerpunkte fest. Neben den aktuellen Themen und Aufgaben ist die Landtagswahl 2021 für uns schon heute im Fokus. Denn wir kämpfen dafür, dass die Frauen in Baden-Württemberg ein Recht auf Umsetzung von Gleichstellung und ein Recht auf die angemessene Vertretung der Frauen bei den Kandidierenden für den künftigen Landtag haben. Wir werden mit unserer geplanten Transparenzkampagne dafür sorgen, dass keine Partei im kommenden Landtagswahlkampf »drum herum« kommt, Position zu unseren Forderungen zu beziehen. Die Parteien nominieren bereits ihre Kandidierenden für den nächsten Landtag. Sie sollten wissen, dass sie dabei unter Beobachtung der Frauenverbände stehen. Denn wir fragen: Befördern sie Kandidaturen von Frauen, werben sie für die Wahl von Frauen, setzen sie gleichstellungspolitische Themen auf ihre Wahlkampfagenda?

Denn es geht um: **#DieHälfteDerMacht**

Wir wünschen uns, dass unser Rundbrief Sie motiviert weiterhin mit uns zu kämpfen.

Ihre Anja Reinalter, Erste Vorsitzende und Saskia Ulmer, Zweite Vorsitzende

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES LANDESFRAUENRATES AM 12. APRIL 2019 IM LITERATURHAUS IN STUTTGART

Am 12.04.2019 fand im Literaturhaus in Stuttgart der Delegiertentag des Landesfrauenrates Baden-Württemberg statt.

Saskia Ulmer, Zweite Vorsitzende des Landesfrauenrates, begrüßt die Anwesenden. Sie berichtet, dass Isolde Piontek von der Geschäftsstelle zum 01.03.2019 in Ruhestand gegangen ist. Sie heißt die neue Mitarbeiterin Daniela Schraft herzlich willkommen. Isolde Piontek erhält eine von allen Delegierten unterschriebene Grußkarte mit Glückwünschen für ihren Ruhestand.

Corinna Schneider stellte den Arbeitsbericht Frühjahr 2019 des Landesfrauenrates anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Darin werden die Schwerpunkte für das Jahr 2019 vorgestellt und unter anderem ein Rückblick über die Festveranstaltung »100 Jahre Frauenwahlrecht« am 12.01.2019 im Landtag von Baden-Württemberg gegeben. Auf der Homepage des Landesfrauenrates ist der Arbeitsbericht Frühjahr 2019 unter folgendem Link zu finden: <https://lfrbw.de/wp-content/uploads/2019/05/Arbeitsbericht-LFR-Fr%C3%BChjahr-2019.pdf>



Corinna Schneider

Die Delegierten des Landesfrauenrates haben im weiteren Verlauf des Delegiertentages eine neue Beisitzerin für das Vorstandsteam gewählt. Josefine Vögl von den DEHOGA Unternehmerfrauen Baden-Württemberg musste ihr Amt aus privaten Gründen aufgeben, so dass eine Neubesetzung der Position notwendig wurde. In drei Wahlgängen wurde Viviana Weschenmoser von der AG sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg (AsF) aus vier Kandidierenden gewählt. Herzlichen Glückwunsch! Wir freuen uns auf die bevorstehende gemeinsame Arbeit im Vorstand des Landesfrauenrates und heißen Viviana Weschenmoser herzlich willkommen!



von links: Saskia Ulmer (Zweite Vorsitzende), Josefine Vögl, Corinna Schneider (Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit), Viviana Weschenmoser (Beisitzerin)

BESCHLÜSSE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES LANDESFRAUENRATES AM 12.04.2019

Als erstes wurde über den **Initiativantrag Mittelserhöhung für den Landesfrauenrat Baden-Württemberg im Landeshaushalt 2020/2021** abgestimmt, den der Vorstand Landesfrauenrat Baden-Württemberg eingebracht hat. **Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.** Bei einem geringen Anteil von Frauen in den Parlamenten kommt dem Landesfrauenrat eine besonders hohe demokratische Verantwortung zu, um die Gleichstellung kompetent als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern zu thematisieren. Durch steigende Fixkosten in den vergangenen Jahren ist jedoch das frei verfügbare Budget des Landesfrauenrates eklatant zusammengeschrumpft. Bei weiter steigenden Fixkosten (z.B. Mieterhöhung) wird der Landesfrauenrat nur mit extremen Abstrichen bei den variablen Kosten, wie z.B. der Öffentlichkeitsarbeit, weiter einen ausgeglichenen Haushalt aufrechterhalten können. Es ist wichtiger denn je, dass der Landesfrauenrat seiner gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gerecht wird und aktuelle Entwicklungen zeitnah aufgreifen kann. Die unverzichtbare gesellschaftliche Arbeit des Landesfrauenrates muss mit seiner Gender-Expertise in Legislative und Exekutive professionell vertreten sein.

Satzungsänderung zur Aufnahme von Fördermitgliedschaften im Landesfrauenrat

Antragstellerin: Vorstand Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Es soll keine Abstimmung über den Antrag erfolgen, sondern ein Meinungsbild abgegeben werden, um gemeinsam mit den Delegierten feststellen zu können, an welchen Stellen der Antrag noch überarbeitet werden muss. **Meinungsbild: 35 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.**

Forschung zu Prostitution

Antragstellerin: AG sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg (AsF)
Die Debatte um Prostitution, Sexkauf, Prostitutionsverbot oder Bestrafung der Freier im Rahmen der Novellierung des Prostituiertenschutzgesetzes hat neben dem Ringen um die inhaltliche Position eines deutlich gemacht: Es gibt keine verlässlichen Zahlen für die Debatte. Es wurde mit Erfahrungswerten, Einschätzungen und Hochrechnungen diskutiert. Je nach Perspektive und Haltung zum Thema wurden diese bewertet. Um die Rahmenbedingungen für die weiteren Diskurse hier zu verbessern, ist eine Erforschung der Situation unabdingbar. **Dieser Antrag wurde mit 45 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.**

Gebührenfreie Kitas

Antragstellerin: AG sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg (AsF)
Nach Diskussion wurde der **Antrag von der Antragstellerin zurückgezogen.**

Stabile Finanzierung der Beratungsstellen für Prostituierte

Antragstellerin: AG sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg (AsF)
Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine gesicherte Finanzierung der Beratungsstruktur in Baden-Württemberg einzusetzen.



Diskussionsrunde



Abstimmung der Delegierten



Charlotte Schneidewind-Hartnagel

zen. Mit der Reform des Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG), welches am 01.07.2017 in Kraft trat, wird die Informationspflicht der Behörden zu Beratungsgesprächen festgeschrieben. Dies sind die kommunalen Stellen (Kommunen, Städte, Landkreise), die auch die Anmeldung durchführen. Allerdings gibt es hierfür keine einheitlichen Standards und noch viel eklatanter, keine gesicherte Finanzierung. **Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei Beamtinnen für Kinder, die vor dem 01.01.1992 geboren wurden – sog. Mütterrente

Antragstellerin: BBW Frauen im Beamtenbund Baden-Württemberg
Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei Beamtinnen für Kinder, die vor dem 01.01.1992 geboren wurden (die sogenannte Mütterrente) innerhalb des jeweils einschlägigen Alterssicherungssystems systemkonform und wirkungsgleich zu berücksichtigen. Die Erziehung von Kindern ist eine Leistung, deren Anerkennung nicht von Beruf und Status der Eltern abhängig gemacht werden darf. **Dieser Antrag wurde mit 46 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.**

Entlastung der Beauftragten für Chancengleichheit

Antragstellerin: BBW Frauen im Beamtenbund Baden-Württemberg
Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, dass die Beauftragte für Chancengleichheit (BfC) in erheblichem Umfang von ihren dienstlichen Aufgaben entlastet wird. Ihre Stellvertreterin muss ebenfalls teilentlastet werden. **Dieser Antrag wurde mit 45 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.**

Verwirklichung der im Koalitionsvertrag angestrebten Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Antragstellerin: DGB Frauen Baden-Württemberg
Der Landesfrauenrat fordert den Gesetzgeber auf eine Verwirklichung der im Koalitionsvertrag angestrebte Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg zu verwirklichen. Dafür ist insbesondere eine diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung erforderlich. Zu diesem Zweck setzt sich der Landesfrauenrat gegenüber der Landesregierung dafür ein, dass der Entgeltgleichheits-Check (eg-Check) als geeignetes Prüfungsinstrument im öffentlichen Dienst flächendeckend angewandt wird. **Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Evaluierung des Beurteilungswesens in Bezug auf die Geschlechtergerechtigkeit durch die Landesregierung
Antragstellerin: DGB Frauen Baden-Württemberg

In einem weiteren Beschluss wird die Landesregierung dazu aufgefordert, das Beurteilungswesen in Bezug auf die Geschlechtergerechtigkeit zu evaluieren. Dabei soll es die Beurteilung der Beamt*innen in Bezug auf die Geschlechtergerechtigkeit sowie Teilzeit- und Telearbeit auswerten. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden. **Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Einsetzung von Zielvereinbarungen, um innerhalb von zwei Jahren in Großunternehmen im technischen Bereich 30% MINT-Frauen auf Teamleitungsebene zu platzieren und um kurzfristig auf allen Führungsebenen im technischen Bereich an Personalentscheidungen beteiligt zu sein

Antragstellerin: dt. ingenieurinnenbund e.V. (dib)
Ein weiterer Beschluss fordert die Einsetzung von Zielvereinbarungen, um innerhalb von zwei Jahren in DAX- und Großunternehmen in Baden-Württemberg in technischen Bereichen 30% MINT-Frauen auf Teamleitungsebene zu platzieren und um kurzfristig auf allen Führungsebenen in technischen Bereichen an Personalentscheidungen beteiligt zu sein. **Dieser Antrag wurde mit 47 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.**

Akademisierung der Hebammenausbildung

Antragstellerin: Hebammenverband Baden-Württemberg e.V.
Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, als eines der ersten Bundesländer unverzüglich dafür Sorge zu tragen, den Weg vorzubereiten, dass alle Ausbildungsgänge der Hebammenausbildung an die Hochschule überführt werden. Wir begrüßen ausdrücklich die neueste Entwicklung zu diesem Thema und den vom Bundesgesundheitsminister am 15.05.2019 vorgelegten Gesetzentwurf der primärqualifizierende, duale Studiengänge mit einem Studiengelt für den Praxisteil vorsieht. **Dieser Antrag wurde mit 44 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen.**

Geschlechtergerechte Verwaltungssprache

Antragstellerin: LAG FrauenPolitik Bündnis 90/Die Grünen
Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates beschließt einstimmig sich dafür einzusetzen, dass das Land eine Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache herausgibt. Sie soll für sämtlichen Schriftverkehr sowie für Rechtstexte verbindlich sein. Indem Formulierungen weiter reichen als der bisherige Ausgleich zwischen weiblich und männlich, wird der Vielzahl geschlechtlicher Identitäten Rechnung getragen. **Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Charlotte Schneidewind-Hartnagel weist zum Abschluss der Delegiertenversammlung auf das 50-jährige Jubiläum des Landesfrauenrates am 29.06.2019 im Neuen Schloss hin und verabschiedet die Delegierten. ■

FACHTAG DES LANDESFRAUENRATES BADEN-WÜRTTEMBERG AM 15. NOVEMBER 2019 IM LITERATURHAUS IN STUTTGART »WORTE SCHAFFEN WERTE – ANTIFEMINISMUS VON RECHTS IN BADEN-WÜRTTEMBERG«

Dieser Fachtag beschäftigte sich mit einem der Schwerpunktthemen des Landesfrauenrates Baden-Württemberg des Jahres 2019: »ANTIFEMINISMUS VON RECHTS«

Nach der Begrüßung durch unsere Zweite Vorsitzende Saskia Ulmer hissten wir gemeinsam mit den Teilnehmerinnen anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen die Fahne »frei leben ohne Gewalt« und hielten das fotografisch fest. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei allen bedanken!

In ihrem Grußwort betonte Staatssekretärin Bärbl Mielich MdL, »... dass es höchste Zeit ist, den antifeministischen Strömungen massiv entgegenzutreten und alle Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Thema in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen« und bezog damit eindeutig Position gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus. Es sei unabdingbar sich gegen diskriminierende Strömungen offen zur Wehr zu setzen und der wiederholten Reduzierung von Frauen auf ihre biologische Rolle entschieden entgegen zu treten. Für die Staatssekretärin ist Artikel 3.2 des Grundgesetzes »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« ein Versprechen, das immer noch nicht eingelöst ist.

Weiter sagte sie: »Wir Frauen müssen gemeinsam überlegen, wie wir in all den unterschiedlichen Bereichen Strategien entwickeln, um uns gegen die Roll-back-Bewegung zur Wehr zu setzen. Wir müssen mit unseren Erfahrungen voneinander profitieren!«

In der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema »WORTE SCHAFFEN WERTE – ANTIFEMINISMUS VON RECHTS IN BADEN-WÜRTTEMBERG« mit den Journalistinnen Nina Ayerle (Stuttgarter Zeitung), Johanna Henkel-Waidhofer (KONTEXT: Wochenzeitung), Maria Wetzel (Stuttgarter Nachrichten) und der Moderatorin Susanne Wetterich (Vorsitzende der Frauen Union Landesverband Baden-Württemberg) wurden unter anderem die subtilen Vorgehensweisen der Rechtspopulist*innen in Bezug auf Sprache beleuchtet und klargestellt, dass sich das gesellschaftliche Klima für die Arbeit von Journalistinnen insgesamt stark verändert hat.

Die Journalistinnen sehen sich mittlerweile – je nach publiziertem Artikel – mit einer Flut von Anfeindungen konfrontiert, die unwürdiger nicht sein könnten. Sie werden dabei aufs Übelste beschimpft, niederträchtig betitelt und antifeministisch und rechtspopulistisch angepöbelt. Sehr offen kommen dabei überholte Geschlechterrollen zum Tragen, wie zum Beispiel die Überzeugung, dass Frauen sich gefälligst auf ihre »angeborene Rolle« als Mutter und Hausfrau konzentrieren sollten. Die Journalistinnen werden zum Feindbild stilisiert und zu Vertreterinnen einer »Systempresse« gemacht. Eine Berichterstattung auf Augenhöhe ist so unmöglich.

Weiter wurde sehr deutlich, dass Anti-Gender Diskussionen und deutlich angestiegener Antifeminismus zunehmend als Bindeglied dienen, um rechte Positionen sozusagen »durch die Hintertüre« gesellschaftsfähig zu machen. Rechtspopulist*innen verfügen



Teilnehmerinnen mit Fahne

zumeist über durchdachte Argumente in ihren Kernthemen und können rhetorisch geschult sein. In der Regel verfolgen sie eine destruktive Gesprächsstrategie, die auf eine Anklage »der Eliten« hinausläuft. Die Gegenrede verliert sich oft in der Abwehr verschiedenster Vorwürfe.

Deshalb müssen wir genau hinsehen und hinhören, subtil genutzte Begriffe aufdecken und auch die eigene Wortwahl auf den Prüfstand stellen, im Privatleben genauso wie bei der Arbeit. Wir dürfen die Protagonist*innen nicht durch eine wertschätzende Debatte »hoffähig« machen.

Mit ihren erklärten Zielen, wichtige gleichstellungspolitische Errungenschaften wieder abschaffen zu wollen, positionieren sich Rechtspopulist*innen explizit frauenfeindlich. Wer gegen die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, gegen sexuelle Selbstbestimmung und gegen die Freiheit der Wahl der Familienform Stellung bezieht, hat sich aus Sicht des Landesfrauenrates sehr weit von den hier für alle geltenden Grundrechten distanziert!

Um bei unseren Mitgliedsverbänden zu ermitteln, was sie und die jeweiligen Frauen an Handwerkszeug brauchen um in ihrem Berufsleben und auch in ihrem Alltag gut gegen rechte Gewalt →



Saskia Ulmer, Zweite Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg



Staatssekretärin Bärbl Mielich MdL



Podiumsdiskussion mit Moderatorin Susanne Wetterich, Nina Ayerle, Maria Wetzel und Johanna Henkel-Waidhofer (von links)



Fragen aus dem Publikum 1

in der digitalen und analogen Welt gewappnet zu sein, hatten wir vier Expertinnen zu Gast, die uns Einblicke in unterschiedliche Bereiche gewährten.

»VERBALE GEWALT GEGEN FRAUEN IN DEN SOZIALEN MEDIEN (HATE SPEECH)«

Expertin: Carmen Karr (freiberufliche Referentin und Trainerin)

Die Expertin Carmen Karr erläuterte den interessierten Teilnehmerinnen, dass die Soziale Medien (Instagram, whatsapp, Facebook, Telegramm, Twitter, You Tube, Snapchat, TikTok) ein fester Bestandteil unseres Alltags sind und als wichtige Informationsquelle dienen. Die Voraussetzungen zur Nutzung sind aber nicht für alle Nutzer*innen gleich: Als engagierte Einzelpersonen oder Organisationen ohne größere Ressourcen für Social Media gerät man schnell ins Hintertreffen. Die Sozialen Medien folgen einer unternehmerischen, keiner journalistischen Logik. Das heißt, dass Veröffentlichungen, die in rasanter Geschwindigkeit und hoher Frequenz verbreitet werden, große Massen mobilisieren und sogenannte Shitstorms erzeugen können und dies auf der Grundlage von unsicheren und unseriösen Quellen!

Der Kommentarbereich, zum Beispiel im Onlineangebot von Zeitungen, wird oft von einer bestimmten Gruppe dominiert (Männer mittleren Alters), womit der Eindruck einer überwältigenden Mehrheit entsteht, die weder repräsentativ noch tatsächlich das Meinungsbild der Gesellschaft wiedergibt.

Die Teilnehmerinnen schildern ihre eigenen Erfahrungen mit Hate Speech, die sie in dreifacher Hinsicht erfahren:

1. Als Person direkt
(sie werden direkt angesprochen oder bedroht)
2. Als Person indirekt
(es wird über sie gesprochen)
3. Als Frau
(Frauen werden als Gruppe bedroht / es wird über Frauen gesprochen)



Fragen aus dem Publikum 2

Die Folgen davon sind unüberschaubar und für die Einzelnen* nicht mehr kontrollierbar. Wenn dazu noch rechtspopulistisches Gedankengut verbreitet werden soll, verfolgen die Protagonist*innen dabei eine klare Kommunikationsstrategie: Provokation — Zurücknahme — erneute Provokation, die ihnen eine möglichst starke Präsenz in den Medien sichert.

Außerdem verbreiten sich provozierende Internet-Postings leichter als sachliche Argumente und Differenzierung.

Fazit des Thementisches:

- Es ist extrem wichtig eigene Themen zu setzen, und somit Aufklärung leisten zu können. Es gibt viel zu wenig rechtliche Instrumentarien, die auf die besonderen Bedingungen und Wir-



Carmen Karr: »Verbale Gewalt gegen Frauen in den Sozialen Medien (Hate Speech)«

kungen des Internets zugeschnitten sind. Es muss eine geschlechterdifferenzierte Erfassung von Cybergewalt in den polizeilichen Kriminalstatistiken der Länder geben.

- Immer noch gibt es eine latente Diskriminierung von Frauen innerhalb des deutschen Sprachsystems durch das Fehlen von Richtlinien für einen geschlechtersensiblen Sprachgebrauch. Frauen sind sehr häufig einfach »mitgemeint« und werden dadurch systematisch »unsichtbar« gemacht. Dadurch entsteht ein sogenannter male bias, der zum ständigen gedanklichen Einbezug von Männern, jedoch nicht von Frauen führt.
- Verharmlosung von Straftaten durch die dafür verwendeten Bezeichnungen. Zum Beispiel bewerten Staatsanwaltschaften die Tötung von Frauen oftmals nicht als Mord, sondern lediglich als Totschlag. Statt vom Femizid zu sprechen, sprechen Polizei und Justiz von Beziehungstaten oder einem Beziehungsdrama.

Hier können Sie Hate Speech online melden:

<https://demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/vorfall-melden/>

»ANTIFEMINISMUS VON RECHTS GEGEN POLITIKERINNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG«

Expertin: Sabine Wölfle MdL (SPD Landtagsfraktion)

Die als Expertin eingeladene Landtagsabgeordnete Sabine Wölfle MdL schilderte an dem von ihr betreuten Thementisch den interessierten Teilnehmerinnen einige Ereignisse aus dem Landtag Baden-Württemberg, die ihr und anderen Politikerinnen in ihrem Berufsalltag widerfahren.

Sie beschrieb, welch anderes Klima im Landtag herrscht, seit die AfD dort vertreten ist und wie wichtig es ist, Antifeminismus und Rechtspopulismus gemeinsam massiv entgegenzutreten. Durch die AfD ist eine antifeministische Partei in die Parlamente gekom-

men. Selbst die weiblichen Abgeordneten der AfD lehnen jegliche Politik in Form von mehr Gleichberechtigung und Genderpolitik im Ganzen ab.

Die Parlamentarierinnen der demokratischen Parteien sollten nach Frau Wölfles Dafürhalten nicht so zurückhaltend sein und vor allem dürfen sie sich nicht durch permanent wiederholte Beleidigungen zermürben und zurückdrängen lassen!

Die AfD setzt auf öffentliche Aufmerksamkeit, indem sie das Erregungsmoment und die Empörungsspirale bewusst herbeiführt. Dabei überschreitet sie häufig die Grenzen des demokratischen Miteinanders in einem Plenum und die Politikerinnen erleben offen propagierte Frauenfeindlichkeit. Die Forderungen nach Gleichberechtigung der Geschlechter werden angegriffen, diffamiert und ins Lächerliche gezogen. Nicht selten werden die weiblichen Abgeordneten auf ihr Geschlecht reduziert und permanent als minderwertig und politisch zurückgeblieben angesehen.

Das Frauenbild rechter Parteien entspricht dem der NS-Zeit: Frauen sollen viele Kinder bekommen und zuhause bleiben. Das die Politikerinnen auch Familie und Kinder haben entspricht nicht dem Weltbild der AfD.

»RECHTSPOPULISTISCHER EINFLUSS UND RECHTE FRAUENBILDER IN VEREINEN UND BILDUNGSEINRICHTUNGEN«

Expertin: Beate Biederbick (Wildwasser Freiburg e.V.)

Die Expertin Beate Biederbick ging an ihrem Thementisch mit interessierten Teilnehmerinnen der Frage nach, woran es liegen kann, dass Frauen in Vereinen und Bildungseinrichtungen antifeministische und rassistische Botschaften verbreiten können und trotzdem kaum als Bedrohung wahrgenommen werden — ihre rechte Gesinnung tritt selten auf den ersten Blick in Erscheinung. →



Teilnehmerinnen bei Carmen Karr



Sabine Wölfe MdL: »Antifeminismus von Rechts gegen Politikerinnen in BW«



Teilnehmerinnen bei Sabine Wölfe

Die rechtsextreme Szene wird immer ausdifferenzierter und rechtsextreme Frauen treten sehr unterschiedlich in Erscheinung. Sie vertreten menschenfeindliche und demokratiefeindliche Positionen, ohne aktiv gewalttätig zu sein. Sie sind wichtige Unterstützer*innen, werden als solche auch bewusst eingesetzt und von den rechtsextremen Organisationen instrumentalisiert. Sie unterwandern vor allem Alltagskulturen und geben rechtsextremen Ideologien und Lebenswelten einen scheinbar harmlosen Anstrich.

Sie treten als Kommunalpolitiker*innen, als Erzieher*innen oder in Vorständen beispielsweise in Vereinen auf, sie geben sich bürgerlich, volksnah, hilfsbereit, vertrauensvoll, spießig, engagiert, elegant, kultiviert, freundlich und zurückhaltend, melden Demos an, betreuen Infostände, treten als Redner*innen auf, gestalten Stadt-

festen und engagieren sich vor allem für »deutsche« Kinder und Familien. Sie geben antifeministischen und sexistischen Argumentationen ein Gewicht nach dem Motto: Wenn sogar eine Frau das sagt. Das funktioniert besonders gut, wenn junge Frauen auch gesamtgesellschaftlich debattierte Themen aufgreifen, denn so werden rechte Ansichten mit denen der konservativen Mitte vermischt und Brücken in die Mitte der Gesellschaft gebaut.

Zur Illustration berichtete Frau Biederbick von den sogenannten »braunen Ökosiedler« der Anastasia-Bewegung, die im Freiburger Umland versuchen eine Siedlung zu gründen. Eine Akteurin, die in einem Stadtteiltreff in Freiburg aktiv ist, versuchte hier Gemeinschaftsfindungstreffen anzubieten und Mitmacher*innen zu rekrutieren.



Beate Biederbick: »Rechtspopulistischer Einfluss und rechte Frauenbilder in Vereinen und Bildungseinrichtungen«



Teilnehmerinnen bei Beate Biederbick

Fazit des Thementisches:

- > Es braucht Konzepte und Leitbilder in Institutionen, die ganz klar verdeutlichen, dass Menschen- und demokratiefeindliche Ansichten darin keinen Platz haben.
- > Es braucht eine Sensibilisierung zu dem Thema Frauen in der rechtsextremen Szene und die Auseinandersetzung mit eigenen möglicherweise vorhandenen rassistischen Strukturen, um dann selbstbewusster entscheiden zu können, ob es Sinn macht, sich über Ansichten zu streiten, zu diskutieren oder direkt den Kontakt abzubrechen, sollte das Gegenüber rechtsextreme Ansichten verbreiten wollen.
- > Wichtig ist auch die Medienbildung in den Einrichtungen, denn Rechtsextreme vernetzen sich vor allem über Soziale Netzwerke und rekrutieren hier neue Mitglieder.

»KOMMUNALE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK IN ZEITEN DES RECHTSPOPULISMUS«

Expertin: Susanne Brückner (Sprecherin der LAG der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg)

Am Thementisch 4 fanden sich interessierte Teilnehmerinnen der Fachtagung ein um sich mit Expertin Susanne Brückner, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg über »Kommunale Gleichstellungspolitik in Zeiten des Rechtspopulismus« auszutauschen. Nach einem kleinen Input zu Aufbau, Organisation, Zielen, Inhalten und Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft durch Frau Brückner, fokussierte sich der weitere Austausch darauf, ob und ggf. wie sich die Gleichstellungsarbeit auf der kommunalen Ebene in Zeiten von Rechtspopulismus und Antifeminismus verändert. Hierfür hatte die Expertin zur weiterführenden Information Broschüren mitgebracht, aus denen sie auch zitierte.

Die Handreichung »Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus«¹, herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten soll kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Gegenstrategien an die Hand geben, die dabei helfen können, im Alltag mit Antifeminismus und Rechtspopulismus umzugehen. Dass dies dringend geboten ist, wurde in der anschließenden Diskussion deutlich. Denn: Vielerorts geraten kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen unter Druck. Rechtspopulistische Ideologien und Strategien finden zunehmend Eingang in die kommunalen Parlamente, in die Verwaltungen und in die Öffentlichkeit. Budgetkürzungen, Streichung von Stellen (-anteilen) und eine Flut an Anfragen, unter deren Bearbeitung die eigentliche Arbeit der Stelleninhaberinnen zwangsläufig zu kurz kommt, sind keine Seltenheit mehr. Die Teilnehmerinnen am Thementisch waren sich einig, dass die Gleichstellungsbeauftragten vor Ort in ihren Kommunen häufig Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung des gesetzlich verankerten Gleichstellungsauftrags und zentrale Netzwerk- und Ansprechpartnerinnen, u.a. der Frauennetzwerke und Frauenunterstützungseinrichtungen sind. Daher, so die Forderungen aus der Runde sollte ein Paukenschlag erfolgen, der die Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen in Baden-Württembergs zahlenmäßig verdoppelt und diese Stellen künftig auch für Kommunen unter 50.000 Einwohner*innen, z.B.



Susanne Brückner: »Kommunale Gleichstellungspolitik in Zeiten des Rechtspopulismus«



Teilnehmerinnen bei Susanne Brückner

in den großen Kreisstädten gesetzlich vorschreibt. Hierfür bräuchte es politische Mehrheiten, die ohne Parität in den Parlamenten, allen voran im Baden-Württembergischen Landtag, so die Meinung der Teilnehmenden, wohl wenig Aussicht auf Erfolg haben dürften. Daher lautete eine weitere Forderung aus der Runde: »Parité in die Parlamente!«

Der Fachtag mit ca. 100 Besucher*innen endete gegen 13.30 Uhr mit der Erkenntnis, dass das Themenfeld Antifeminismus von Rechts und Frauen in der rechtsextremen Szene leider noch viel zu wenig beachtet und differenziert wird. Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg möchte weiter dazu aufklären und es ist eine größere Fachkonferenz dazu angedacht. ■

¹ Die Broschüre finden Sie als pdf unter Bestellungen und Handreichungen auf der Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten: <https://www.frauenbeauftragte.org/service-bestellungen-und-materialien/handreichungen-brosch%C3%BCren>

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES LANDESFRAUENRATES AM 15. NOVEMBER 2019 IM LITERATURHAUS IN STUTTGART

Bei der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg im November 2019 musste das Amt der Ersten Vorsitzenden für die verbleibende Amtszeit bis 31.12.2020 neu besetzt werden, da die bisherige Vorsitzende Charlotte Schneidewind-Hartnagel in den Bundestag nachrückte und ihr Amt aus diesem Grund niederlegte.

Nach der Begrüßung der Delegierten durch die Zweite Vorsitzende Saskia Ulmer (Evangelische Frauen in Württemberg) würdigte Anneliese Schmid-Kaufhold (Deutscher Juristinnenbund Baden-Württemberg e.V.) aus dem Vorstandsteam des Landesfrauenrates in ihrer Laudatio das große Engagement Charlotte Schneidewind-Hartnagels und bedankte sich im Namen aller Frauen bei ihr mit den Worten: »Liebe Charlotte, wir bedauern Dein Weggehen. Du hast den Landesfrauenrat Baden-Württemberg professionell und gut vertreten und das mit Herzblut. Wir haben Dein politisches Wissen und Deine Kenntnis vom Getriebe der parlamentarischen Abläufe immer sehr geschätzt. Du warst immer am Puls der Zeit. Herzlichen Dank dafür!« #wirbleibendran!



Prof. Dr. Anja Reinalter und Charlotte Schneidewind-Hartnagel

Prof. Dr. Anja Reinalter (LAG FrauenPolitik Bündnis90/Die Grünen Baden-Württemberg) sowie Luisa Boos (AG sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg) stellten sich als Kandidatinnen für die Wahl zur Ersten Vorsitzenden zur Verfügung, wofür wir uns an dieser Stelle sehr bedanken möchten! Denn Engagement im Ehrenamt in dieser umfangreichen Position ist nicht selbstverständlich!

Im ersten Wahlgang wurde Prof. Dr. Anja Reinalter zur Ersten Vorsitzenden des Landesfrauenrates Baden-Württemberg gewählt. Wir freuen uns sehr und heißen sie herzlich willkommen! Im Folgenden können Sie einige kurze Infos zu unserer neuen Vorsitzenden nachlesen:

Die promovierte Erziehungswissenschaftlerin lehrte von 2008 bis 2020 an der Fakultät »Soziale Arbeit« der Hochschule Ravensburg/Weingarten im Rahmen des Mathilde-Planck-Lehrbeauftragten-Stipendiums im Modul »Soziale Arbeit mit Familien«. 2020 wurde sie als Professorin für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt

Jugendarbeit an die Hochschule Kempten berufen. Zudem ist sie seit 2008 als Geschäftsführerin des Instituts für familienfreundliche Unternehmensführung (IFU) tätig.

2011 bekam Prof. Dr. Anja Reinalter den Helene Weber-Preis für herausragendes politisches Engagement von Frauen auf kommunaler Ebene verliehen. Sie engagiert sich ehrenamtlich im Helene-Weber-Kolleg mit dem Ziel, mehr Frauen für die (Kommunal-)Politik zu gewinnen und die Einstiegs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Politik zu verbessern.

VERABSCHIEDUNG UNSERES MITGLIEDSVERBANDES DEUTSCHER FRAUENRING LANDESVERBAND BADEN- WÜRTTEMBERG E.V.

Hanna-Irene Schüle (Delegierte des Deutschen Frauenring e.V. Landesverband Baden-Württemberg Ortsverband Freiburg) sprach zur Auflösung (zum 31.12.2019) und zum Austritt des Landesverbandes Deutscher Frauenring Baden-Württemberg e.V. aus dem Landesfrauenrat und würdigte die jahrzehntelange Leistung der ehrenamtlich tätigen Frauen und der langjährigen Vorsitzenden Annelies Rothkamm.



Hanna-Irene Schüle, Deutscher Frauenring Landesverband Baden-Württemberg e.V.

In ihrem Grußwort sagte sie: »Der Frauenring Baden-Württemberg, damals noch Baden, ist einer der Verbände, der die Gründung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg aktiv vorangetrieben hat, so gesehen einer der »Mütter« des Landesfrauenrates. Obwohl der Landesfrauenrat Baden-Württemberg erst 1969 gegründet wurde, gibt es mit der Ersten Vorsitzenden des Landesverbandes Baden, Dr. Ilse Krall, bereits eine Verbindung. Ilse Krall war es, die 1956 bereits mit Else Berkman laut über die Gründung

einer Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände auf Landesebene nachdachte. Den neu gegründeten Landesfrauenrat trug der Deutsche Frauenring Baden als Gründungsverband mit.

Beispielhaft für Frauen aus dem Deutschen Frauenring, die im Laufe der Jahrzehnte die Arbeit des LFR mittragen seien genannt: Ursula Schubert, 1978-1981, 1. Vorsitzende des LFR/Lotte Banzhaf, 1971-1975, 2. Vorsitzende des LFR/Luitgard Schmitt, 1994-1999, 2. Vorsitzende des LFR. So konnte der Deutsche Frauenring in Baden-Württemberg mit dem Landesfrauenrat eigene Akzente setzen. Wir sind stolz auf 50 Jahre Mitarbeit für die Ziele der Chancengleichheit von Frauen in allen Bereichen des Lebens. Wir haben gerne mitgestaltet und danken für die gute und intensive Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen für Ihr Engagement weiterhin viel Erfolg. (Hanna-Irene Schüle und Annelies Rothkamm, Nov. 2019)

BESCHLÜSSE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES LANDESFRAUENRATES AM 15. NOVEMBER 2019

Satzungsänderung zur Aufnahme von Fördermitgliedschaften für Frauen im Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Antragstellerin: Vorstand Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Die Satzung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg in der Fassung vom 12.11.2010 wird in § 4 Mitgliedschaft um einen Absatz 6. Fördermitgliedschaft ergänzt: Fördermitglieder im Landesfrauenrat Baden-Württemberg können natürliche Personen (Frauen) oder juristische Personen (entsprechend § 4 Abs. 1) werden, wenn sie sich den in § 3 verankerten Zielen, Zwecken und Aufgaben verpflichtet fühlen und die Voraussetzungen des § 4 Abs. 2 erfüllen. Über die Aufnahme zur Fördermitgliedschaft entscheidet die Delegiertenversammlung.

Die Höhe des Förderbeitrags bestimmt jedes Fördermitglied selbst, er beträgt jedoch mindestens 100 Euro im Kalenderjahr und kann pro Kalenderjahr angepasst werden. Fördermitglieder werden zu den Delegiertenversammlungen eingeladen, haben kein Wahl-, Stimm- und Rederecht. Die Fördermitgliedschaft kann jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist spätestens bis 30.09. zum Jahresende gekündigt werden.

Wir wollen mit der »Fördermitgliedschaft für Frauen« interessierten Frauen*, Fraueninstitutionen, Frauenverbänden, Frauenvereinen, Frauengruppen gemischter Verbände, siehe § 4 Abs. 1 die Möglichkeit geben, sich enger an die Arbeit des Landesfrauenrates anzuschließen. (Die Satzung kann auf der Homepage des Landesfrauenrates eingesehen werden).

Mit einer Fördermitgliedschaft kann auch öffentlich signalisiert werden: Wir unterstützen die Arbeit des Landesfrauenrates (Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierung und weitere vielfältige Themen); wir vertreten Fraueninteressen und wir wertschätzen das ehrenamtliche Engagement von 2 Millionen Mitgliedsfrauen in Baden-Württemberg. Die Fördermitgliedschaft beinhaltet dabei lediglich ein Gastrecht, kein Stimm-, Wahl- und Rederecht. **Dieser Antrag wurde mit 2 Enthaltungen beschlossen.**

Förderung der Solwodi Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel und (Zwangs)Prostitution in Aalen, durch Aufstockung der Landesmittel

Antragstellerin: Vorstand Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, die Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel und (Zwangs)Prostitution in Aalen, die von Solwodi Baden-Württemberg e.V. getragen wird, ab 2020 finanziell zu unterstützen. Ein breites gesellschaftliches Bündnis, Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs)Prostitution hat sich gebildet und für die nächsten drei Jahre eine halbe Stelle für Präventionsarbeit eingerichtet. Diese Präventionsarbeit wird in der Region als wichtige Ergänzung zur Opferberatung angesehen. Mit dieser halben Stelle wird in den Schulen des Landkreises Präventionsarbeit aufgebaut und über Menschenhandel aufgeklärt. **Dieser Antrag wurde mit dem Zusatz »durch Aufstockung der Landesmittel« einstimmig beschlossen.**



Delegierte

Überprüfung und Überarbeitung des Prostituiertenschutzgesetzes

Antragstellerin: Frauen Union Landesverband Baden-Württemberg

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, das im Juli 2017 vom Bundestag novellierte Prostituiertenschutzgesetz unverzüglich im Sinne des Opferschutzes und der Verhinderung von Menschenhandel zu verändern. Das Gesetz muss so ausgestaltet sein, dass die Tätigkeiten krimineller Organisationen besser unterbunden werden können. **Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.**

Persönlichkeitsstärkung für Schüler*innen ausbauen

Antragstellerin: Frauen Union Landesverband Baden-Württemberg

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, dass ein Selbstbehauptungs- und Aggressionsvermeidungstraining, welches Konfliktfähigkeit, Ichstärke und Selbstbehauptung schult, über alle Schularten und Klassenstufen hinweg Bestandteil des Regelunterrichts wird. Dabei sollen die geschlechtsspezifischen Belange von Mädchen eine besondere Berücksichtigung finden. Denn Prävention ist besser als Strafe. **Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.**

#Schlussstrich — Keine Diskriminierung und Gewalt an Hochschulen!

Antragstellerin: Vorstand Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Der Landesfrauenrat unterstützt einstimmig die Kampagne #Schlussstrich — Keine sexualisierte Diskriminierung und Gewalt an Hochschulen! der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen Hochschulen Baden-Württemberg (LaKoG) und begrüßt, wenn innerhalb von Organisationen und Verbänden Ansprechstellen zur Verfügung stehen und Beschwerdewege transparent geregelt werden.

Besonders die ausgeprägten Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse im Studium, während der Qualifikationsphase und die Konkurrenz um Arbeitsplätze führen häufig zu (subtilen) Formen der sexualisierten Diskriminierung und Gewalt. Mit dieser landesweiten Kampagne werden die Relevanz des Themas für die Hochschulen und der Handlungsbedarf betont. Die Hochschulen bekräftigen ihre Aufgabe, Schutz vor sexueller Diskriminierung zu leisten und aktiv gegen jede Diskriminierung vorzugehen. **Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.** →

DIE NEUEN MITGLIEDSVERBÄNDE IM LANDESFRAUENRAT BADEN-WÜRTTEMBERG STELLEN SICH VOR



Frederike Gerstenberg von Mother Hood e.V.

»Mother Hood e.V.«

Als neues Mitglied hat die Delegiertenversammlung den »Landesverband Mother Hood e.V. Landesgruppe Baden-Württemberg – Bundeselterninitiative zum Schutz von Mutter und Kind während Schwangerschaft, Geburt und 1. Lebensjahr« in den Landesfrauenrat aufgenommen.

Bei Mother Hood e.V. setzen sich Eltern bundesweit für eine gute Versorgung von Mutter und Kind vor, während und nach der Geburt ein. Durch Kreissaalschlüssen, Personalmangel in Kliniken und Lücken in der Hebammenversorgung ist eine sichere Geburtshilfe nicht mehr überall gegeben.

Zu den Hauptforderungen von Mother Hood e.V. gehört unter anderem die Sicherstellung einer Eins-zu-Eins-Begleitung durch eine Hebamme und die Wahrung des Rechts auf die freie Wahl des Geburtsortes.

www.mother-hood.de

Kontakt: info@mother-hood.de



Sahra Mirow der LAG Frauen der Partei DIE LINKE BW

»LAG Frauen DIE LINKE«

Und ebenso wurde die Landesarbeitsgemeinschaft Frauen DIE LINKE Baden-Württemberg als neues Mitglied in den Landesfrauenrat aufgenommen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Frauen organisiert und vernetzt Frauen* und Mädchen in der Partei DIE LINKE. Im Mittelpunkt steht eine emanzipatorische, feministische Frauen- und Gleichstellungspolitik. Gemeinsam diskutieren wir eine feministische und solidarische Gesellschaft, in der alle gesellschaftlich notwendigen Arbeiten gerecht verteilt sind und in der Frauen* und Männer gleichermaßen Zugang zu allen Gütern des Lebens haben. Wir stellen uns einer patriarchalen Gesellschaft entgegen, die Frauen* tagtäglich herabwürdigt. Gemeinsam diskutieren wir, wie ein linker Feminismus aussehen kann – in Gesellschaft und Partei. DIE LINKE ist ihrem Verständnis nach eine feministische Partei. Ämter und Mandate müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden; jeder Parteitag wird für ein Frauen*plenum unterbrochen, in dem Frauen* ihre Belange beraten können.

www.die-linke-bw.de/partei/arbeitsgruppen/frauen

Kontakt: lag-frauen@die-linke-bw.de

BERICHT AUS DEM RUNDFUNKRAT DES SWR

SCHWERPUNKTE DER ARBEIT ALS VORSITZENDE DES PROGRAMMAUSSCHUSSES KULTUR

Ruth Weckenmann (pro familia Landesverband Baden-Württemberg e.V.), die den Landesfrauenrat im SWR Rundfunkrat vertritt, konnte nicht persönlich bei der Delegiertenversammlung anwesend sein. Ihr Bericht wurde den Delegierten bei der Anmeldung schriftlich ausgehändigt und sie können ihn im Folgenden nachlesen:

»Im Oktober 2017 wurde ich als Vertreterin des LFR in der Wahl aus drei Bewerberinnen zur Vorsitzenden des neugegründeten Programmausschusses Kultur gewählt. Ich konnte darin an meine bisherige Tätigkeit als Vorsitzende des Hörfunkausschusses anschließen, allerdings mit einer deutlich veränderten Aufgabenstellung.

Der Programmausschuss Kultur bereitet die Beschlüsse des Rundfunkrats entsprechend den trimedialen Zuständigkeiten der Programmredaktion Kultur, Wissen und Junge Formate vor. Eine

wesentliche Aufgabe der Mitglieder ist die Programmbeobachtung in den genannten Bereichen. Dies umfasst die Auspielung auf Drittplattformen, das SWR Onlineangebot, Apps des SWR, die Radioprogramme SWR 2, SWR 3, DASDING (das Jugendradioprogramm des SWR). DASDING ist ein multimediales Programm und ein Vollzeit-Radiosender ohne Werbung. Die Kulturangebote des SWR FS sowie insbesondere Funk, das Online-Medienangebot und Content-Netzwerk der ARD und des ZDF für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 29 Jahren, für das der SWR die Federführung innerhalb der ARD hat.

Für mich als Programmausschussvorsitzende Kultur ist es angesichts der zwischenzeitlich nahezu demokratiegefährdenden Angriffe auf die Medien, insbesondere auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (»Lügenpresse; Staatsfunk, totalitär finanzierter Zwangsfunk ...«) wichtiger denn je, dass die Berichterstattung fundiert, sachlich und kritisch ist und eine Meinungsbildung ermöglicht. Ständige Programmbeobachtungen durch den Ausschuss, Rückmeldungen aus den Verbänden, NutzerInnenrückmeldungen etc. dienen zur stetigen Überprüfung der Einhaltung der Programmgrundsätze.



Ruth Weckenmann, pro familia Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Eine hohe Bedeutung hat in der Ausschussarbeit auch die zeitintensiven Befassungen mit Programmbeschwerden. Erwartungsgemäß haben Programmbeschwerden auch angesichts des Funk-Formates zugenommen. Leitlinie des Ausschusses ist es hier, dass Jugendsprache, Comedy-Satire, typische Zuspidzungen dazu dienen sollen, jungen Menschen ein an den Leitsätzen des Staatsvertrags orientiertes Gegenangebot zu den Hass-Formaten im Netz zu bieten. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch für jüngere Menschen attraktiv zu halten oder wieder stärker zu machen ist eine Zielsetzung des Ausschusses unter meiner Leitung.

Die Ausschussarbeit wird maßgeblich auch durch die knappen Haushaltsmittel der aktuellen Gebührenperiode geprägt. Es ist ein immer schwierig werdender Spagat zwischen der Aufrechterhaltung der hervorragenden Bildungs-, Kultur-, Informations- und Unterhaltungsangeboten und der Umsetzung von Einsparungsvorgaben über Wiederholungen, Zusammenschaltungen von Hörfunkangeboten, Nichtvergabe von Hörspielen, von Kompositionsaufträgen oder auch Filmaufträgen und reduziertem Wortanteil im Programm.

SCHWERPUNKTE DER ARBEIT IM LILA FREUNDINNENKREIS DES RUNDFUNKRATES DES SWR BIS 2019

(Leitung Gisela Bill, Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz und Ruth Weckenmann, Landesfrauenrat Baden-Württemberg)

Die Rundfunk- und Verwaltungsrätinnen des SWR engagieren sich seit mehreren Jahren mehrheitlich im sogenannten »Lila Freundinnenkreis«. Ganz maßgeblich unterstützen aus dem Kreis des Landesfrauenrates Baden-Württemberg Petra Zellhuber-Vogel, die die Themen des Lila Freundinnenkreis im Verwaltungsrat des SWR einbringt, Gabriele Frenzer-Wolf und Margarete Lehmann die Arbeit im Freundinnenkreis.

» Neuwahl des/der Intendant/in des SWR, Juni 2019:

Der Freundinnenkreis setzte durch, dass die Vorbereitungskommission zur Neuwahl eines/einer Intendant/in des SWR paritätisch besetzt wurde (für den Lila Freundinnenkreis nahmen Gisela Bill, Petra Zellhuber-Vogel und Ruth Weckenmann teil).

Aus den drei aus Sicht der Vorbereitungskommission gleichermaßen herausragenden KandidatInnen (Stefanie Schneider, Clemens Bratzler, Kai Gniffke) wurde letztendlich im 2. Wahlgang Kai Gniffke zum neuen Intendanten des SWR gewählt. Gisela Bill und ich hatten bei allseits attestierter gleichwertiger Eignung die Auffassung, dass der Rundfunkrat mit Stefanie Schneider ein deutliches Signal in Richtung Chancengleichheit gesetzt hätte. Unsere Position war keinesfalls ein Votum gegen Kai Gniffke, dessen sofortiges Zusammenarbeitsangebot wir für den Lila Freundinnenkreises sehr gerne angenommen haben. Er hatte uns nach der Wahl umgehend zugesagt, bei personalpolitischen Entscheidungen angesichts der vielen qualifizier-

ten Frauen in den Rundfunkanstalten und Medienhäusern Führungspositionen chancengerecht zu besetzen. Auf Vorschlag des Intendanten wurden in der Septembersitzung unter Zustimmung des Rundfunkrates Anke Mai zur neuen Programmdirektorin Kultur und Clemens Bratzler zum neuen Programmdirektor Information bestellt.

Damit setzte er bei diesen herausragenden Führungspositionen seine Ankündigung der paritätischen Besetzung um.

» Chancengleichheit und Diversität in den Programmen des SWR und in der Umsetzung und Selbstverständnis der Programm-Macherinnen

Wie bereits im letzten Bericht dargelegt, sind die Unterrepräsentanz von Frauen und die Stereotypisierung und Klischeeverfestigung von Rollenbildern sich wiederholende Dauerthemen:

1. das Geschlechterbild und die Rollenzuweisungen bei den Formaten des SWR sowohl im Fernsehen wie im Radio und im Internet (s. LFR-Bericht 2018 zur Studie der Universität Rostock zur audiovisuellen Diversität). Zum Nachlesen unter: <http://www.frauenzaehlen.de/index.html>
2. die Personalpolitik des SWR in Bezug auf Förderung der weiblichen Beschäftigten und Besetzung von Leitungspositionen.
3. die Repräsentanz von Frauen bei Besetzung von Gremien und Ausschüssen des SWR und der ARD.

Auf Initiative des Lila Freundinnenkreis wurde das Handlungsfeld mehrfach in den Rundfunkratssitzungen aufgegriffen. In der aktuellen Septembersitzung stellte die Beauftragte für Vielfalt und Integration, Anna Koktsidou das Diversitätsmanagement im SWR vor, auf das sich die Sendeleitung maßgeblich auch aufgrund der Debatten im Rundfunkrat verpflichtet hat. Der Lila Freundinnenkreis hat es sehr begrüßt, dass der neue Intendant sich dieses Thema zu eigen macht und noch in der Sitzung angekündigt hat, trotz aller notwendigen Personaleinsparungen diese Position zukünftig zeitlich zu stärken.

Auch hat der Intendant zugesagt, sich an der Folgestudie der Universität Rostock finanziell zu beteiligen und eine Zusatzauswertung für die Fernsehformate des SWR in Auftrag zu geben.«

WAHL DER VERTRETERIN DES LFR IM SWR-RUNDFUNKRAT (AMTSPERIODE 2020 BIS 2025)

Die Wahl der Vertreterin des LFR im SWR Rundfunkrat wird auf die nächste Delegiertenversammlung (24.04.2020) vertagt und Ruth Weckenmann bleibt bis dahin kommissarisch im Amt.

BERICHT AUS DEM LANDESSENIORENRAT

Roswitha Ehinger (DGB Frauen Baden-Württemberg) die den Landesfrauenrat im Landesseniorenrat vertritt, berichtet über die Arbeit des Landesseniorenrates. Insbesondere weist sie auf die aktuelle Resolution mit dem Titel »Pflegekosten bezahlbar machen – Kurzzeitpflegeangebote weiter ausbauen« hin.

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Kreis- und Stadtseniorenräten, Seniorenverbänden und Landesorganisationen, die auf dem Gebiet der Altenarbeit tätig sind. 1974 als Dachverband gegründet, arbeitet der Landesseniorenrat als Interessenvertretung der älteren Menschen in →



Roswitha Ehinger, DGB Frauen Baden-Württemberg

Baden-Württemberg unabhängig, überparteilich und überkonfessionell. Der Landesseniorenrat ist im vorparlamentarischen Raum politisch tätig und vertritt gegenüber Regierung, Politik, Verbänden und Organisationen die Interessen der fast 2,8 Millionen Menschen über 60 Jahre in Baden-Württemberg im Bereich von Politik und Gesellschaft. Die derzeit 78 Mitglieder des Landesseniorenrates – 40 Kreis- und Stadtseniorenräte – spiegeln in ihrer Vielfalt das Alter und dessen unterschiedlichen Belange wider.

Aufgabe des Landesseniorenrates ist es, die Öffentlichkeit auf die Anliegen der älteren Menschen aufmerksam zu machen und mit der Darstellung aller Facetten des Alters gegen ein einseitiges Bild vom Alter hinzuwirken.

Ausblick:

- > Tagung Seniorenratsarbeit
»Schwerpunkte, Themen, Schwierigkeiten, Erfahrungen«
27.04.2020 Stuttgart in der Jugendherberge, 10.00–16.30 Uhr
- > Der 35. Landesseniorentag Baden-Württemberg findet am 07.10.2020 in der Stadthalle in Göppingen statt

Weitere Informationen finden sich auf der Homepage des Landesseniorenrates: <https://lsr-bw.de/startseite>

BERICHT ÜBER DIE AKTION MARIA 2.0

Claudia Schmidt (Christliche Beirätin des Katholischen Deutschen Frauenbundes KDFB) berichtet den Delegierten über die Aktion Maria 2.0. Auszüge davon können Sie hier lesen:



Claudia Schmidt, Christliche Beirätin des Katholischen Deutschen Frauenbundes KDFB

»Es ist anfangs überhaupt nicht abzusehen, wer sich an der Aktion beteiligen wird. Die großen Frauenverbände kfd und KDFB schließen sich in Teilen an. Dann wird die Aktion zu einer riesigen Lawine. Tausende Frauen und Männer beteiligen sich im Mai 2019 an der Aktion Maria 2.0 in ganz Deutschland und darüber hinaus. Die Aktion gewinnt eine unerwartete Dynamik und stößt auf riesiges mediales Interesse. ARD und ZDF berichten in der Hauptsendezeit.

- > Die Aktion spricht Frauen an, die in der Mitte der Gemeinden stehen und die die Nase endgültig voll davon haben, von wesentlichen Vollzügen der Kirche wie z.B. der Feier, der Leitung einer Eucharistiefeier oder den höheren Entscheidungsebenen qua Geschlecht ausgeschlossen zu sein.
- > Bei vielen Frauen kommen durch die Aktion Wut, Trauer und Empörung ans Licht, die lange verdrängt wurden. Es geht dem Empfinden der Frauen nach nicht um äußere Strukturen, sondern um ihre ureigene Würde, die ihnen durch den Ausschluss von Ämtern abgesprochen wird. Dies verletzt zutiefst.
- > Die Frauen haben bereits Jahrzehnte des geduldigen Kämpfens für die Gleichberechtigung hinter sich, ohne dass sich substantiell irgendetwas geändert hätte. Die Empfindung, dass das Maß des Wartens und Vertröstet-Werdens übervoll ist, verbindet die Frauen untereinander. Gleichzeitig entsteht eine neue Kraft durch die große Frauensolidarität.

Unter www.mariazweipunktnull.de können aktuelle Informationen abgerufen werden.

WAHL DER VERTRETERIN DES LANDESFRAUENRATES IN DER LANDESANSTALT FÜR KOMMUNIKATION BADEN-WÜRTTEMBERG (LFK) – AMTSPERIODE AB SOFORT BIS 2022

Die Kandidatinnen Solveig Senft (SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V.) und Dr. Dagmar Höppel (Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen) stellten sich den Delegierten vor und beantworteten ihre Rückfragen.

Bei der nicht geheimen Wahl entfielen bei 2 Enthaltungen 21 Stimmen auf Dr. Dagmar Höppel und 12 Stimmen auf Solveig Senft. **Die gewählte Dr. Dagmar Höppel nahm ihre Wahl an.**

SCHWERPUNKTE DES FRAUENPOLITISCHEN ENGAGEMENTS VON DR. DAGMAR HÖPPEL

»Bereits im Studium habe ich mich für Gleichstellung und faire, gerechte Rahmenbedingungen an der Hochschule engagiert. Aus diesem Grund erhielt ich am Ende meines Studiums das Angebot als Referentin der Frauenbeauftragten der Universität Hohenheim das Frauenbüro aufzubauen. Ich nahm die Herausforderung an und konnte damit nicht nur meine Promotion finanzieren, sondern vor allem Anstoß für zahlreiche gleichstellungspolitische Maßnahmen geben, wie zum Beispiel eine Eltern-Kind-Gruppe und den Verein »Kind und Beruf« gründen.

Der berufliche Wechsel auf die Landesebene gab mir die Möglichkeit das MuT-Mentoring und Trainingsprogramm zu entwickeln und Impulse für zahlreiche Förderprogramme für Nachwuchswissenschaftlerinnen des Landes zu setzen. Die fehlende Sichtbarkeit von Frauen in der Öffentlichkeit sowie »Geschlechtergerechte Sprache« waren dabei immer wieder Thema. Ich habe an einer Studie mitgewirkt, die die Gewaltszenen und die Rollenbilder in Zeichentrickfilmen für Kinder untersuchte. Die Klischees und Stereotypen, die in Film und Funk transportiert werden, sind in ihrer Wirkung zwar umstritten; jedoch resultieren sie aus vergangenen und nicht mehr zeitgemäßen Rollenzuschreibungen und spiegeln



Von links: Rotraud Mack, Prof. Dr. Monika Barz, Viviana Weschenmoser, Prof. Dr. Anja Reinalter, Anneliese Schmid-Kaufhold und Saskia Ulmer – alle aus dem Vorstandsteam des Landesfrauenrates

nur selten die Lebenswirklichkeit von Frauen wider. Die Aktivitäten der PROQUOTEFILM und Metoo-Debatte erreichen in ihren Feldern nur langsame Veränderungen.

Mein Ziel ist es, mehr Frauen sichtbar zu machen und die traditionellen Rollenzuschreibungen aufzubrechen. Es ist mir ein Anliegen, die Vielfalt, Buntheit und Diversität aller Geschlechter stärker in das Bewusstsein zu rücken und damit einen Beitrag zu leisten, dass »anders« auch normal ist.



Dr. Dagmar Höppel, Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen

Hauptberuflich beschäftige ich mich mit der Gleichstellung von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen. Nach wie vor ist der Professorinnen-Anteil in Baden-Württemberg (20%) zu gering. Obwohl die Studentinnen schon fast 10 Jahre bei 50% der Studierenden liegen, kommen sie in den akademischen Spitzenpositionen nur selten an.

Als Vorsitzende des Verbandes Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen kann ich meine beruflichen Erfahrungen mit den Herausforderungen des Ehrenamtes gut kombinieren. Der Verband verleiht z.B. den Maria-Gräfin-von-Linden-Preis an junge Wissenschaftlerinnen und trägt damit auch zu deren Sichtbarkeit bei. Spannende Themen aus allen wissenschaftlichen Disziplinen werden allgemeinverständlich vorgestellt. Enorme Anstrengungen sind auch hier erforderlich, um dem »Was Frauen forschen« auch gebührende Anerkennung zu verschaffen. Auch hier gilt das Motto des Landesfrauenrats: **#wirbleibendran!**

Zu guter Letzt möchte ich Sie einladen, mir Anregungen und Kritik zu den privaten Fernseh- und Hörfunkangeboten zu melden. Die LFK kontrolliert die von ihr lizenzierten Hörfunk- und Fernsehveranstalter sowie Telemedien, deren Anbieter ihren Sitz in Baden-Württemberg haben. Die Einhaltung der Jugendschutz- und Werbevorschriften wird durch Programmbeobachtung überprüft. Im Bereich der Anbieterkennzeichnung wird die LFK meist auf Beschwerden hin tätig. Die LFK orientiert sich im Rahmen ihrer Aufsicht an den Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages, des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages, des Telemediengesetzes, des Landesmediengesetzes und der Jugendschutz- und Werberichtlinien der Landesmedienanstalten. Ich freue mich auf Ihre Anregungen.«

www.vbww.net
Kontakt: dagmar.hoeppel@vbww.net

NOCH EIN TIPP ...
www.genderleicht.de
Auf www.genderleicht.de finden Sie nützliche Tipps & Tools, wie Sie diskriminierungsfrei schreiben und sprechen, sowie Argumente und Fakten für die gendersensible Medienarbeit.

KONFERENZ DER LANDESFRAUENRÄTE (KLFR) IN WIESBADEN FACHTAG »FRAUENBEWEGUNG 4.0«

Im Jahr 2019 trafen sich die Delegierten der Landesfrauenräte vom 8.-10. November auf Einladung des Landesfrauenrates Hessen in Wiesbaden zur KLFR. Beim Treffen der Hauptamtlichen der Landesfrauenräte vertrat Dagmar Digruber den LFR Baden-Württemberg, in der KLFR war dies Corinna Schneider aus dem Vorstand.

Die in der KLFR gefassten Beschlüsse befassten sich mit den folgenden Themen:

- > Förderung von Care- und Pflegearbeit
- > Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- > Femizid angemessen dokumentieren und bestrafen
- > Geburtshilfe ist Akutversorgung und muss wohnortnah zur Verfügung stehen
- > Bildungsfreistellungsgesetz bundesweit
- > #NoHatespeech — Strafgesetzgebung, Strafverfolgung und Prävention anpassen
- > Empfehlung der KLFR zur Ablehnung der Zusammenarbeit mit antifeministischen, rechtspopulistischen, rechtsnationalistischen Parteien und Gruppierungen in den Bundesländern

Sie können im Wortlaut unter <https://klfr-deutschland.jimdo.free.com/beschluesse-2016-2019> nachgelesen werden.

Auf Initiative des LFR Baden-Württemberg und des LFR Hamburg wurde eine Resolution zum Thema Frauenrechte und Demokratie eingebracht und einstimmig verabschiedet:

Im Wortlaut: »Aktiv für Frauenrechte und Demokratie« Resolution der Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) vom 10. November 2019 in Wiesbaden

Die Konferenz der Landesfrauenräte und ihre Mitgliedsverbände fordert alle Parlamentarier*innen und zivilgesellschaftlichen

Akteur*innen dazu auf, gegen antifeministische Diskriminierungen und rechtspopulistische Anfeindungen klar Position zu beziehen und damit Frauenrechte und die Demokratie zu verteidigen.

Antifeminismus und Rechtspopulismus bedrohen hart erkämpfte Frauenrechte. Angriffe von rechts gegen Politiker*innen, verbale Gewalt gegen Frauen* in den sozialen Medien und die Verbreitung rechter Frauenbilder bedrohen die individuelle Freiheit und die Demokratie.

Die Landesfrauenräte und ihre Mitgliedsverbände engagieren sich gegen Hassreden, ein veraltetes Familienbild und überholte tradierte Geschlechterstereotype.

Die Landesfrauenräte und ihre Mitgliedsverbände stehen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und für vielfältige Lebensentwürfe.

Die Landesfrauenräte und ihre Mitgliedsverbände stehen für den im Grundgesetz verankerten Auftrag der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Antifeminismus hat darin keinen Platz. Frauenrechte sind Menschenrechte und nicht verhandelbar!

Deshalb gilt es auch heute, Frauenrechte zu verteidigen und dem Rollback keine Chance zu geben: **#frauenrechteverteidigen**

Landesfrauenrat Baden-Württemberg, Bayerischer Landesfrauenrat, Landesfrauenrat Berlin e.V., Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V., Bremer Frauenausschuss e.V. — Landesfrauenrat Bremen, Landesfrauenrat Hamburg e.V., Landesfrauenrat Hessen, Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e.V., Landesfrauen-

rat Niedersachsen e.V., FrauenRat NRW e.V., Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz e.V., Frauenrat Saarland e.V., Landesfrauenrat Sachsen e.V., Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V., Landesfrauenrat Schleswig-Holstein e.V., Landesfrauenrat Thüringen e.V.

Daneben möchten wir auch die Empfehlung der KLFR abdrucken, die der Landesfrauenrat Thüringen zum Beschluss vorlegte. Der Vorstand des LFR Baden-Württemberg hat hierzu am 06.12.2019 beschlossen, die Empfehlung in der Delegiertenversammlung zur Diskussion und Abstimmung vorzustellen.

Im Wortlaut: »Empfehlung: Zusammenarbeit mit antifeministischen, rechtspopulistischen, rechtsnationalistischen Parteien und Gruppierungen in den Bundesländern«

Die KLFR stellt fest, dass eine Zusammenarbeit mit antifeministischen, rechtsnationalistischen, rechtspopulistischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen wie beispielsweise der Alternative für Deutschland (AfD), nicht im Einklang steht mit dem Zweck und den Zielen der Frauenverbände.

Deshalb:

- > schließt die KLFR eine Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen und Parteien aus und
- > empfiehlt ihren Mitgliedsorganisationen, sich dem anzuschließen.

Adressat*innen: Alle Landesfrauenräte und Frauenausschüsse der Bundesländer

Begründung:

Die Organisationen der KLFR sind der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet und lehnen jede Zusammenarbeit mit diskriminierenden, homophoben, rechtsnationalen und rechtspopulistischen Gruppen und Organisationen ab.

Unser Ziel ist die Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Vielfalt und individuellen Lebensentwürfen. Dieses Ziel ist unvereinbar mit den frauen- und gleichstellungspolitischen Zielen der AfD.

Mit diesem Beschluss befindet sich die KLFR auf dem gleichen Stand, wie das Bundesforum Männer, welches auf seiner Mitgliederversammlung am 14.06.2019 einen ähnlichen Beschluss fasste, mit den Kundgebungen des Evangelischen Kirchentages 2019, dem Fußballclub Eintracht Frankfurt und dem ASB Bundesverband, um nur einige zu nennen. Es ist an der Zeit, sich klar zu positionieren.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD bedeutet im Einzelnen:

- > Keine Zusammenarbeit mit Abgeordneten der AfD, ihren Parteifunktionär*innen und Mandatsträger*innen,
- > Keine Einladungen der AfD und ihren Mitgliedern oder ihren parteinahen Organisationen zu Veranstaltungen des LFR,
- > Keine aktive Beteiligung an Veranstaltungen der AfD und ihrer parteinahen Organisationen,
- > Keine aktive Teilnahme an Expert*innenhearings, Ausschusssitzungen oder ähnlichen Expert*innenrunden, bei denen die Benennung oder Einladung durch die AfD erfolgt,
- > Bei Amtsträger*innen der AfD z.B. Bürgermeister*innen und Ausschussvorsitzenden etc. gilt das Primat des Amtes.
- > Inhaltliche Anfragen der AfD werden ggf. kurz und sachlich beantwortet.

Die KLFR hat zudem beschlossen, dass eine AG-Struktur ein Konzept für eine Koordinierungsstelle der Landesfrauenräte bis zur nächsten KLFR, die in Rostock vom 18. bis 20.09.2020 stattfinden wird, entwickeln soll. Neben dem Konzept soll auch eine Strategie zur Umsetzung und eine Organisationsstruktur vorgeschlagen werden.

In der Arbeitsgruppe »Struktur« arbeiten Vertreterinnen der Landesfrauenräte aus Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit. ■



Die Teilnehmerinnen aus den bundesweiten Landesfrauenräten an der KLFR 2019 in Wiesbaden

»FRAUENBEWEGUNG 4.0 – WAS STEHT AN?«

Der Fachtag im Rahmen der KLFR fand am Samstag, 09.11.2019 im Rathaus in Wiesbaden statt. Der Fachtag konnte dank der Kooperation mit dem Kommunalen Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden dort stattfinden. Das Thema der die Konferenz begleitenden Fachtagung am 09. November 2019 lautete »Frauenbewegung 4.0. — was steht an?«.

Nach der Begrüßung durch Herrn Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende und einem Impulsvortrag der Hessischen Ministerin für Digitale Strategien und Entwicklung Prof. Kristina Dr. Sinemus, mit anschließender Aussprache zum Thema, wurden im Diskurs mit verschiedenen Referentinnen und dem Publikum aktuelle und zukünftige frauenpolitische Themen unter den verschiedenen Gesichtspunkten, insbesondere im Zuge der Digitalisierung, besprochen und Handlungsoptionen ausgelotet.

Den Abschluss bildete der Besuch und Empfang im Frauenmuseum Wiesbaden / Frauenwerkstatt Wiesbaden e.V. — eine Institution, die die Delegierten aus den Bundesländern und den Vorstand des Landesfrauenrates sehr beeindruckte. ■



ABSCHLUSSVERANSTALTUNG »100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT«

Die Kampagne »100 Jahre Frauenwahlrecht – Frauen wählen, Frauen zählen!« ging mit einer gut besuchten Veranstaltung im Stadtpalais am 12.11.2019 zu Ende.

Neben Grußworten von Staatssekretärin Bärbl Mielich MdL und Corinna Schneider, in Vertretung von Charlotte Schneidewind-Hartnagel für den Landesfrauenrat, hielt Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes den Vortrag »Frauen Macht Demokratie: Parität in der Politik«. Der Abend wurde von Dr. Susanne Asche von Frauen & Geschichte Baden-Württemberg moderiert, musikalisch von »The Melikas« der Musikschule Reutlingen umrahmt und Klang »Mit Glanz und Gloria« des Kabarett Frauengold aus.

Einen Überblick über den Erfolg der baden-württembergischen Kampagne bot das Grußwort von Beate Dörr von der Landeszentrale für politische Bildung, die für den Lenkungskreis der Kampagne sprach und das wir hier im Wortlaut wiedergeben:

»Die Geschichte aller Zeiten, und die heutige ganz besonders, lehrt, dass diejenigen, welche selbst an ihre Rechte zu denken vergessen, auch vergessen werden.«

Louise Otto-Peters, die erste Frau, die es in Deutschland wagte, das Wahlrecht für Frauen zu fordern, sagte diesen Satz vor 170 Jahren. Er gilt noch immer – und wie wir sehen werden gerade auch für das Jubiläum »100 Jahre Frauenwahlrecht«.

Anstelle eines klassischen Grußwortes möchte ich Sie in den folgenden Minuten in das Jubeljahr und die Kampagne »Frauen wählen, Frauen zählen« mitnehmen. Sie sollen einen Eindruck bekommen von dem riesigen und bunten Mosaik, das engagierte



Corinna Schneider, Landesfrauenrat Baden-Württemberg



Bürgerinnen (und einige Bürger) im letzten und diesem Jahr im Land geschaffen haben. Facetten nur, denn eine echte Bilanz würde dauern ...

Als Prof. Dr. Sylvia Schraut, Historikerin und Vorstandsfrau im Netzwerk Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, mich Anfang 2017 zum Thema Frauenwahlrecht kontaktierte, war schnell klar: Das anstehende Jubiläum sollte im Südwesten groß und öffentlichkeitswirksam begangen werden! Vor 100 Jahren ging es schließlich um den Beginn der deutschen Demokratie! Das müsste doch ein Themenschwerpunkt werden – in Landesgeschichte, Politik, Kultur, Bildungsarbeit, Medien, Schulen, Frauengruppen – und zwar im ganzen Land!

Und wir wollten nicht nur die endlich errungene parlamentarische Teilhabe von Frauen gebührend feiern – wir wollten auch die Diskussion um Demokratie, Gleichberechtigung und Feminismus voranbringen.

Aus unserem Brainstorming, vielen E-Mails und Gesprächen entwickelte sich der »Koordinationskreis 100 Jahre Frauenwahlrecht« mit Fachleuten (vor allem Fachfrauen) aus Wissenschaft, politischer Bildung, Kultur und Frauenarbeit. Ab Frühjahr 2017 tagte dieses Gremium regelmäßig – voller Ideen, aber mit wenig zeitlichen oder finanziellen Ressourcen. Wir alle hatten ja im Grunde anderes zu tun. Doch die Vision zog Kreise: Bildungs- und Kultureinrichtungen im Land meldeten großes Interesse an Aktivitäten zum Jubiläum und gingen in die Planung. Sie formulierten aber auch einen hohen Bedarf an inhaltlicher und finanzieller Unterstützung. Diese würde der Koordinationskreis niemals leisten können!

Dankenswerterweise bewilligte das **Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg** unseren Antrag auf Mittel für eine landesweite Kampagne zum Wahlrechtsjubiläum. Im Februar 2018 wurde beim Ministerium dafür eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Nun wurde es möglich, die vielen Vorhaben zu bündeln und zu steuern. Ein **Förderprogramm** des Ministeriums stellte Gelder für Aktivitäten rund um das Jubiläum zur Verfügung. Weil unerwartet viele Bewerbungen eingingen, wurde die Fördersumme auf 100.000 Euro verdoppelt. Damit konnten 50 Projektanträge bewilligt und entsprechend Vorhaben im Land unterstützt werden.

Die **Kampagnen-Homepage** fungiert seit Herbst 2018 als Plattform für Jubiläumsaktivitäten und bietet reiche Hintergrundinfos. Und ein digitales Archiv soll verhindern, dass die Aktivitäten nach Kampagnen-Ende in Vergessenheit geraten.

Zur fachlichen Beratung der Koordinierungsstelle bildete sich ein **Lenkungskreis** mit Vertreterinnen der Landeszentrale für politische Bildung, dem Netzwerk Frauen & Geschichte und dem Landesfrauenrat Baden-Württemberg. Für diesen Beirat spreche ich.

Ein Blick auf die **interaktive Landkarte** der Kampagnen-Homepage lässt die Fülle der zum Jubiläum organisierten Projekte erahnen. Für die Datenbank wurden fast 500 Vorhaben in über 90 baden-württembergischen Städten und Gemeinden gemeldet! Und es gab darüber hinaus im Land noch viele weitere Aktivitäten zum Frauenwahlrecht und zur politischen Teilhabe von Frauen.

Was uns besonders freut: Gefeierte, diskutiert und agiert wurde nicht nur in Groß- und Universitätsstädten, sondern auch in kleineren, übers ganze Land verteilten Kommunen.

Als **Veranstalter*innen** aktiv wurden kommunale Gleichstellungsbeauftragte, Frauenverbände, lokale Bündnisse, Volkshochschulen, kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, Museen, Archive, Parteien, Frauengeschichtswerkstätten, Mädcheninitiativen, Jugendgemeinderäte, Filmclubs und viele mehr.

Mancherorts entstanden ganze Programmbroschüren mit bis zu 40 Veranstaltungen – nicht nur in Freiburg, Tübingen oder Offenburg, sondern auch in Achern, Fellbach und Herrenberg.

Überaus vielfältig sind die **Veranstaltungsformate**. Einzelne seien hier exemplarisch genannt – immer stellvertretend für viele andere:

- > **Offizielle Festakte** würdigten das Jubiläum mit Reden und künstlerischen Performances,
- > **Vorträge** beleuchteten die Umbruchszeit vor 100 Jahren und streiften aktuelle Fragen: Um »Männerängste und Frauenwünsche« ging es in Konstanz, das »Ende der Kostümierung« in Schwäbisch Hall, Rottweil fragte »Wählen ja – Teilhabe nein?« und in Lörrach hielt die Landtagspräsidentin eine »Revolutionsrede«.
- > **Ausstellungen** zeigten Vorkämpferinnen des Wahlrechts, Frauenbilder der Parteien auf Wahlplakaten oder die Ergebnisse der Recherchen von Archivarinnen und Geschichtswerkstätten: »100 Jahre Gemeinderätinnen« hieß es nicht nur in Ravensburg.
- > Bühnen im Land boten **Theater und Kabarett** etwa zur großen Feministin Hedwig Dohm. In Heidelberger Stadtteilen rezitierten Schauspielerinnen Texte von Politikerinnen, Kabarettistinnen füllten Säle in Karlsruhe und anderswo. Auch heute, zum 101. Geburtstag des Frauenwahlrechts, steigt ein Kabarett: in Freiburg mit den »Sisters of Comedy«.

Theater und Poetry Slams machten aber nicht nur Profis: In Winterlingen entwickelten Laiinnen und Laien das immer noch gespielte Stück »Anno 1918«, in Singen hieß es im Theater »Her mit dem ganzen Leben!« und im Ortenau-Kreis boten Theaterworkshops Mädchen eine Bühne für ihre Zukunftsvorstellungen.



Beate Dörr, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachreferentin »Frauen und Politik«

- > Für **Presse, Fernsehen und Radio** lieferte das Wahlrechtsjubiläum reichlich Futter für Sonderseiten und Reportagen. Mit großem Engagement brachten Mitarbeiterinnen freier Radios Mädchen und Frauen an die Mikrofone: »Raise your voice!« oder »Girls on air« hieß es da für Jüngere, während ein generationsübergreifendes Medienprojekt der Frage nachging »Als ich geboren wurde, durfte ich noch nicht ...«.
- > Einen Aufführungsrekord in Kinos und Gemeindesälen im Land verzeichneten **Filme zum Frauenwahlrecht**. Gedreht wurden aber auch neue Produktionen, etwa ein Videoclip im Workshop der LpB für Schüler*innen oder semi-professionelle Filme von Studierenden der Stuttgarter Medien-Hochschule.
- > Lebhaft geredet wurde in den vielen **Gesprächs- und Diskussionsrunden**: »Mädchen ins Rathaus!« war Motto in Reutlingen, wo Schülerinnen mit wenig privilegiertem Hintergrund mutig Politikerinnen interviewten. In Heilbronn fragte ein Fachforum »Ziel erreicht?«, Freiburgerinnen initiierten eine »Denkfabrik Chancengleichheit« und Tübinger Jugendgemeinderätinnen sorgten für eine »Chill out-Lounge« zum Thema.

Diskutiert wurde freilich nicht nur bei einem Glas Wasser: Kirchenfrauen organisierten mancherorts ein »Frauenmahl« mit Tischreden; es gab Internationale Frauencafés wie in Bruchsal, ein Café »Wahlrecht global« für geflüchtete Frauen und im Kreis Waldshut wurde zum »Frauenwahlrechts-Candle-Light-Dinner« geladen.

- > Auf die Gass' ging es bei **Stadtrundgängen und Frauenmärschen**: Fast dreihundert Interessierte lockte der musikalisch-politische Stadtrundgang »Menschenrechte haben kein Geschlecht« in Tübingen, auf die Spuren politisch aktiver Frauen ging es in Calw und Friedrichshafener Stadträtinnen aller Fraktionen demonstrierten für mehr Frauen in politischen Gremien. →

Nur kleine Ausschnitte und gerne würde ich noch weitere Schätze aus dem Kampagnen-Fundus holen! Trotz des Fingerzeigs mit der Uhr deshalb noch einige wenige Kostbarkeiten:

Da waren etwa:

- > Das »Querbeet-Singen« in Offenburg
- > Das Göppinger Mädchenspektakel
- > Eine Wikipedia-Schreibwerkstatt
- > »Wir ziehen den Hut« — die große Aktion der Katholischen Frauen am Jubiläumstag der ersten Wahlen
- > Frauenkirchentage oder ein politisches Nachtgebet
- > Ein Musiktheater-Projekt in Lörrach mit Texten zur Frauengeschichte aus dem Stadtarchiv
- > Publikationen zu den ersten Kommunalpolitikerinnen in Esslingen, Göppingen oder zu »100 Jahre Frauen im Tettnanger Gemeinderat«
- > In Schramberg entstand bei Jubiläumsveranstaltungen der Antrag an die Stadt, neue Straßen nach Kommunalpolitikerinnen zu benennen und

Auch inhaltlich hat die Kampagne einen Mehrwert erbracht:

- > Landauf landab wurden Demokratie, Gleichberechtigung und Frauenrechte diskutiert.
- > Überall wurde deutlich, wie steinig der Weg zu gleichen politischen Rechten für Frauen war — und dass wir noch immer nicht am Ziel sind.
- > Entstanden sind bleibende Publikationen, Radio-Features und Filme zur Partizipation von Frauen.
- > In einigen Kommunen wurden erstmals die Namen und Lebensgeschichten der ersten Politikerinnen aus der Unsichtbarkeit geholt.
- > Vielerorts wurde die Vernetzung verschiedener Akteurinnen (und einiger Akteure) gestärkt — und mancherorts arbeiten die neu entstandenen Netzwerke weiter und befassen sich mit Fragen der Chancengleichheit.
- > Last not least wurden Frauen und Mädchen ermutigt, sich stärker in die Politik einzumischen und ihre Themen einzubringen.

Eine Erfolgsgeschichte!

In keinem anderen Bundesland gab es zum Wahlrechtsjubiläum eine ähnlich große Kampagne. Nirgends stellten so viele Akteurinnen so viel auf die Beine. Das Jubiläum spiegelt damit auch das hohe Maß an gesellschaftlichem Engagement von Frauen.

Ohne die Unterstützung des Sozialministeriums wäre die Kampagne nicht realisierbar gewesen. Ohne Ihren Einsatz, liebe Frau Staatssekretärin und liebe Mitarbeiterinnen im Ministerium, hätte das Jubiläum niemals diese Öffentlichkeit erlangt. Für die Einrichtung der Koordinierungsstelle, für die finanzielle Förderung — und vor allem für die großartige Arbeit der Kolleginnen im Referat Gleichstellung sind wir sehr dankbar.

Mit Stolz blicken wir auf die Aktivitäten zu »100 Jahre Frauenwahlrecht« zurück: Zu Beginn konnten wir uns nicht vorstellen, wie viele Einrichtungen und Menschen sich mit großem (sehr oft unbezahlten) Einsatz einbringen würden! Freude an Kooperation, Ideenreichtum, Kreativität und Energie vieler Beteiligter beeindruckten außerordentlich. Auch ihnen allen danken wir!

Eine Erfolgsgeschichte?

- > Wie so oft bei vermeintlichen 'Frauenthemen' gilt auch hier: Hätten frauenpolitisch Aktive nicht ihre Sache in die Hand genommen und vehement auf die Bedeutung des Jubiläums hingewiesen, wäre dieses entscheidende Datum wohl kaum beachtet worden. Viel Frauenpower war nötig, damit das Thema in den öffentlichen Kanon gelangte!
- > Dennoch glänzten wichtige Akteure (ich spreche hier bewusst in der männlichen Form!) rund um das Jubiläum mit Desinteresse und selbst bei hochkarätigen Festakten mit Abwesenheit. »Warum gehen wir Frauen eigentlich zu Veranstaltungen, in denen es nur um Männer geht, umgekehrt aber nicht?« fragte eine Kooperationspartnerin in ihrer Rückmeldung ernüchtert.

- > Auch die Tatsache, dass manche Projekte mangels finanzieller Ressourcen nicht umgesetzt werden konnten, lässt auf eine nicht allzu große Wertschätzung für sogenannte »Frauenfragen« schließen.

Dennoch hoffen wir, dass die Kampagne über den Tag hinaus wirkt und der Geschlechtergerechtigkeit im Land Auftrieb gibt.

Und wir zählen darauf, dass den Worten, die im Jubiläums- und Wahlkampfjahr zu hören und lesen waren, Taten folgen.

Verehrte anwesende Politikerinnen und abwesenden Politiker — wir brauchen mehr als schöne Jubiläen! Wir brauchen eine aktive Gleichstellungspolitik. Für mehr Chancengleichheit im Land reicht es nicht, zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Akteurinnen einmalig zu unterstützen. Und das Motivieren von Frauen, sich stärker politisch einzubringen, läuft ins Leere, wenn nicht entsprechende Strukturen und ein entsprechendes Wahlrecht geschaffen werden.

Von unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erwarten wir, dass sie endlich damit ernst machen — und ich zitiere hier das Grundgesetz — »die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken«. Dies ist nichts weniger als Verfassungsauftrag.

Es geht nämlich keineswegs nur um die Geschichte oder die Interessen einer Bevölkerungsgruppe. Es geht um das Ganze: Um Gerechtigkeit und Demokratie.

Vielen Dank.«

100 Jahre Frauenwahlrecht bleibt heute ein Anlass Forderungen zu stellen: Parität in den Parlament jetzt! Landtagswahlrechtsreform jetzt! Der Landesfrauenrat bleibt auch 2020 dran.

#wirbleibendran
#mehrfrauenindieparlamente ■

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2020 #DIEHÄLFTE

Wir fordern eine Änderung des Landtagswahlrechts hin zu einer paritätischen Liste!

Wir fordern, dass #DIEHÄLFTE der Kandidierenden für den künftigen Landtag Frauen sind!

Der Landesfrauenrat mahnt an, dass Frauen in Baden-Württemberg ein Recht auf Umsetzung von Gleichstellung, ein Recht auf Umsetzung der Landtagswahlrechtsreform und ein Recht auf angemessene Vertretung der Frauen bei den Kandidierenden für den künftigen Landtag haben.

Der Landesfrauenrat will mit seiner Transparenzkampagne dafür sorgen, dass keine Partei im kommenden Landtagswahlkampf »drum herum« kommt, Position zu seinen Forderungen zu beziehen. Die Parteien nominieren bereits ihre Kandidierenden für den nächsten Landtag. Sie sollten wissen, dass sie dabei unter Beobachtung der Frauenverbände stehen. Denn diese fragen: befördern sie Kandidaturen von Frauen, werben sie für die Wahl von Frauen, setzen sie gleichstellungspolitische Themen auf ihre Wahlkampfagenda?

Bereits vor 30 Jahren hatte der Landesfrauenrat der damaligen Landesregierung vier Alternativen zur Reform des Landtagswahlrechts vorgelegt mit dem Ziel, den Frauenanteil im Landtag wesentlich zu erhöhen — der damalige Ministerpräsident selbst hatte



1987 dem LFR angetragen, mit diesem Ziel Vorschläge für eine solche Gesetzesänderung zu erarbeiten. In ihrem Schreiben an Ministerpräsident Lothar Späth (vom 28.07.1988) kamen die damaligen LFR-Vorsitzende zu folgendem Schluss:

„Wir glauben, es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass es keinen anderen Weg gibt, den beschämend geringen Frauenanteil unter den Mandatsträgern zu erhöhen. Nur eine Quotenregelung — wie immer man sie nennen mag und wie immer sie ausgestattet ist — wird Veränderungen bewirken.“

Wir fordern #DIEHÄLFTE im zukünftigen Landtag, in der zukünftigen Regierung! ■



IMPRESSUM

RUNDBRIEF

Publikation des Landesfrauenrats
Ausgabe 01-2020 (März)

Herausgeberin

Landesfrauenrat Baden-Württemberg,
Gymnasiumstr. 43, 70174 Stuttgart

Redaktion

Corinna Schneider (verantw.),
Dagmar Digruber

Layout & Satz

Strohm - Büro für Gestaltung,
Patricia Strohm

Nicht namentlich gekennzeichnete
Artikel sind von der Redaktion erstellt.

Fotos

Fachtag WORTE SCHAFFEN WERTE
Aufnahmedatum: 15.11.2019
Ort: Literaturhaus Stuttgart,
Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart,
Fotografin: Patricia Strohm

Soweit nicht anders gekennzeichnet:
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Druck

FLYERALARM GmbH, 97080 Würzburg

Diese Publikation gibt es zum kostenlosen
Herunterladen im Internet unter:

www.landesfrauenrat-bw.de
www.facebook.com/landesfrauenratbw

Unterstützt vom Ministerium für Soziales
und Integration Baden-Württemberg